



## NEWSLETTER

der Düsseldorfer SPD-Landespolitiker Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden und Karl-Heinz Krems



Am Mittwoch und Donnerstag kontrollierte der Landtag den Landeshaushalt. Nach den Fachberatungen in den einzelnen Ausschüssen wurden im Plenum nochmals alle Zahlen und Einzeljets unter die Lupe genommen. Zusammen mit dem Haushalt 2014 (Drucksache 16/3800) standen die Finanzplanung 2013 bis 2017 mit dem Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen, das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drucksache 16/3802) und das Einheitslastenabrechnungsgesetz (Drucksache 16/3966) zur Beratung an.

Am Mittwoch standen auch die Änderung des sogenannten Stärkungspaktgesetzes (Drucksache 16/3968) zur zweiten und abschließenden Beratung an. Über die beschlossene Änderung hat die Landesregierung Kommunen, die finanziell vergleichsweise besser dastehen, per Umlage an den Finanzhilfen für ärmere Städte und Gemeinden beteiligen.

Viel Spaß beim Lesen...

Walburga Benninghaus MdL Markus Herbert Weske MdL  
Marion Warden MdL Karl-Heinz Krems - Staatssekretär

### Verringert: Weniger Schulden, trotzdem mehr Geld für Bildung



Die Neuverschuldung des Landes sinkt 2014 auf 2,4 Milliarden Euro. Das sind 30 Prozent weniger Schulden als noch in diesem Jahr. 2013 liegt die Neuverschuldung im Haushalt bei 3,4 Milliarden Euro. Trotz dieser Absenkung der Netto-Neuverschuldung von knapp einer Milliarde Euro investiert das Land mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich in Bildung: Für die frühkindliche Bildung sind 110 Millionen Euro eingeplant, für Schule und Weiterbildung 466 Millionen Euro sowie für Innovation, Wissenschaft und Forschung rund

519 Millionen Euro mehr als 2013. Die Koalitions-fraktionen folgen damit auch heute und morgen in den Haushaltsdebatten während des Plenums dem Dreiklang zur Haushaltskonsolidierung von Investitionen in Bildung, Verbesserungen bei den Einnahmen und gezielter Aufgabenkritik sowie Effizienzverbesserungen. Pauschalen Einsparungen mit dem "Rasenmäher" ohne Rücksicht auf die Auswirkungen in einzelnen Bereichen, wie sie von der CDU im Haushalts-ausschuss beantragt wurden, erteilen wir dagegen eine klare Absage.

## Haushalt

Drucksache [16/3800](#) (Gesetzentwurf)

Drucksache [16/4300](#) (Ergänzung)

Drucksache [16/4400](#), [16/4401](#), [16/4402](#), [16/4403](#), [16/4404](#), [16/4405](#), [16/4406](#), [16/4407](#), [16/4409](#), [16/4411](#), [16/4412](#), [16/4413](#), [16/4414](#), [16/4415](#) und [16/4420](#) (Beschlussempfehlungen und Berichte)

## Finanzplanung 2013-2017

Drucksache [16/3801](#)

Drucksache [16/4421](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

## Verbessert: Land stärkt die Kommunen für die Zukunft

---

Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind hoch verschuldet. Doch Rot-Grün hilft bei der Sanierung der Kommunalfinanzen: Seit 2010 flossen knapp 3,8 Milliarden Euro zusätzlich in die Städte und Gemeinden über das Gemeindefinanzierungsgesetz, Schuldendiensthilfen, Zuweisungen für Investitionen und das Stärkungspaktfondsgesetz. Wir stopfen die "geerbten" schwarzen Löcher und geben Geld zurück an die Kommunen, das Schwarz-Gelb einfach einbehalten hat: 130 Millionen Euro Gewerbesteuer, 170 Millionen zur Entschuldung des Landes. Wir sind ehrlich und haben die korrekten Daten für die Berechnungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz genutzt: 2014 kommt den Kommunen eine Rekordsumme von 9,3 Milliarden Euro zugute. Fair geregelt haben wir außerdem den Einheitslastenausgleich: 2013 schenkt das Land den Kommunen 130 Millionen Euro und bis zu 155 Millionen Euro jeweils in den Nachfolgejahren. Heute geht es im Plenum abschließend um die Gesetze für den Einheitslastenausgleich (ELAG) und die Gemeindefinanzierung.

### ELAG

Drucksache [16/3966](#) (Gesetzentwurf)

Drucksache [16/4357](#) (Beschlussempfehlung)

### GFG

Drucksache [16/3802](#) (Gesetzentwurf)

Drucksache [16/4300](#) (Ergänzung)

Drucksache [16/4417](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

## Verbunden: Stadt und Land - Hand in Hand

---



Aus der Schuldenfalle zu kommen, ist ein Kraftakt. Land und Kommunen können diesen nur gemeinsam und solidarisch schaffen. Deshalb gibt es die Solidaritätsumlage: Diese soll 27 weiteren finanzschwachen Kommunen helfen. Die Umlage ist quasi der zweite Schritt des "Stärkungspaktes Stadtfinanzen". Ab 2014 werden darüber 59 steuerstarke (abundante) Kommunen für die Finanzierung mit herangezogen. Diese beteiligen sich jährlich mit insgesamt 91 Millionen Euro am Stärkungspakt. Ähnliche Regelungen gibt es in weiteren neun von dreizehn Bundesländern (ohne Stadtstaaten).

Unser Anspruch an die Solidaritätsumlage war und bleibt: Der Beitrag muss bezahlbar sein. Um keine Kommune finanziell zu überfordern, haben wir den Soli nochmals nachgebessert. Das ist unsere Konsequenz aus Gesprächen mit Kommunen und aus der Anhörung im Landtag. Die ursprünglich geplante Summe von 182 Millionen Euro wurde um die Hälfte abgesenkt. Die jährlich anfallenden 91 Millionen Euro bezahlt nun auch noch das Land. Über das Stärkungspaktgesetz zahlen wir insgesamt 5,76 Milliarden Euro an überschuldete Städte und Gemeinden. 51 besonders notleidende Kommunen

unterstützt das Land darüber zehn Jahre lang mit insgesamt vier Milliarden Euro. Deshalb wollen wir heute die Änderungen für das zweite Gesetz zum Stärkungspakt beraten.

Drucksache [16/3968](#) (Gesetzentwurf)

Drucksache [16/4358](#) (Beschlussempfehlung)

## Verträglicher: Weihnachtsbäume ökologisch anbauen

---



Der nordrhein-westfälische Landtag will den Anbau von Weihnachtsbäumen erstmals regeln. Deshalb wird am morgigen Donnerstag das Landesforstgesetz geändert. Damit soll unser Wald vor einer unkontrollierten und schädlichen Ausbreitung der Weihnachtsbaum-Plantagen geschützt werden. Wir brauchen klare Spielregeln zum Schutz unserer Wälder und Böden. In den vergangenen Jahren wurden immer größere Waldflächen durch

intensiven Anbau von Weihnachtsbaumkulturen genutzt. Das schadet den Böden durch Tiefenfräsungen, Mulchen und regelmäßigen Einsatz von Pestiziden und Mineraldüngern. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass unser Wald seine ökologische Funktion behält.

Zukünftig entscheidet die Landesforstbehörde, ob eine beabsichtigte Weihnachtsbaumkultur im Wald genehmigt wird, oder ob zum Beispiel Auflagen beim Spritzmitteleinsatz gemacht werden. Damit erlangt Nordrhein-Westfalen einen Standard, den es bereits in fast allen anderen Bundesländern gibt. Bis 2028 können die Weihnachtsbaumanbauer hier Flächen weiterhin bewirtschaften. Diese Bestandsschutzregelung wird noch erweitert, sofern die Weihnachtsbaumanbauer innerhalb von drei Jahren mit der Forstbehörde einen Vertrag über einen umweltverträglichen Weihnachtsbaumanbau abschließen. Verpflichten sich die Anbauer hierzu, soll ihnen auf einem Teil der bisherigen Weihnachtsbaumflächen auch dauerhaft eine entsprechende Weiternutzung erlaubt werden. Mit einer solchen Vereinbarung würden wir unserem Ziel, den Anbau von Weihnachtsbäumen ökologischer zu gestalten, näherkommen und gleichzeitig den Anbauern langfristig einen größeren Spielraum ermöglichen.

Drucksache [16/2097](#) (Gesetzentwurf)

Drucksache [16/4370](#) (Beschlussempfehlung und Bericht)

## Vertraut: Sprachliche Bildung bei Kindern anders fördern

---



Kinder sollen zukünftig besser und früher sprachlich gefördert werden: sobald sie in den Kindergarten kommen. Meist sind die Kleinen dann zwei oder drei Jahre alt. Ihre Erzieherinnen und Erzieher sollen die tatsächliche Sprachkompetenz der Kinder im Alltag ermitteln und daran schließlich die sprachliche Förderung orientieren. Dafür benötigen die Pädagoginnen und Pädagogen aber ausreichend Zeit und auch eine entsprechende Qualifikation. Für beides werden wir viel Geld in die Hand nehmen. Unser Ziel ist es, die sprachliche Bildung im Elementarbereich als ein Kernthema zu etablieren und somit neu

auszurichten. Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, Grundschul-lehrerinnen und Grundschullehrer können nun aufatmen: Das ungeliebte Verfahren Delfin4 wird 2014 letztmalig für alle Kinder eines Jahrgangs anstehen. Der gemeinsame Antrag mit den Grünen wird am Donnerstag in das Plenum eingebracht.

Drucksache [16/4426](#) (Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

## Verschärft: Härter gegen vernachlässigte Wohnungen vorgehen



Wir wollen noch vor Weihnachten das neue "Wohnaufsichtsgesetz" verabschieden. Dann sollen Kommunen endlich gegen Überbelegung und Verwahrlosung von Wohnungen oder auch Schrottimmobilien vorgehen können. Dazu soll per Gesetz beispielsweise festgelegt werden, dass jedem

Erwachsenen mindestens neun Quadratmeter Wohnfläche zustehen und jedem Kind jeweils sechs Quadratmeter. In den vergangenen Wochen hatten Kommunen immer wieder beklagt, dass sie gegen verfallende oder überbelegte Wohnungen rechtlich kaum etwas unternehmen könnten.

Wir begrüßen den Entwurf für ein Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG). Dieses ist das Ergebnis aus vielen Gesprächen in der Enquetekommission "Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen".

Das Wohnungsaufsichtsgesetz ist ein Artikelgesetz. Es greift in weitere Gesetze wie zum Beispiel das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG) ein. Es sollen härtere Strafen gegen Vermieter und auch Mieter ausgesprochen werden können. Diese können in besonders schweren Fällen bis zu 50.000 Euro Bußgeld betragen.

Drucksache [16/4379](#) (Gesetzentwurf)

## Veranlasst: Wir wollen Rechtssicherheit beim offenen WLAN



SPD und Grüne im nordrhein-westfälischen Landtag beraten schon länger, offene WLAN-Zugänge zu schaffen. 2012 haben wir diesen Vorschlag mit in den Bundesrat eingebracht. Vor allem geht es um die Abschaffung der sogenannten Störerhaftung: Wer offenes kabelloses Surfen anbietet, soll nicht mehr dafür haften müssen. Leider griff die bisherige schwarz-gelbe Bundesregierung das Thema nicht ausreichend auf. Deshalb unternehmen wir am Freitag im Landtag gemeinsam mit den Piraten einen neuen Vorstoß: Wir fordern die Änderung des Telemediengesetzes. Positive Beispiele öffentlicher Zugänge sollen auf einer NRW-Plattform vernetzt und zusammengestellt werden.

Drucksache [16/4427](#) (Antrag der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten )

## Fotonachweis

• Geld: © jogyx - Fotolia.com

- Hand in Hand: © kozzivu - Fotolia.com
- Tannen: © Željko Radojko - Fotolia.com
- Junge: © yuryimaging - Fotolia.com
- Fenster: © Harald Biebel - Fotolia.com
- WLAN: © Texelart - Fotolia.com

---

## Besuchen Sie uns auch hier:

[facebook](#)

[twitter](#)

[flickr](#)

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems

[SPD-Landtagsfraktion NRW](#), Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884-0